

Die Wahl

Die Kandidatinnen und Kandidaten für die Parteispitze stellen sich vor.

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
190 · Ausgabe CH · September 2020
AZB 3001 Bern



FLÜCHTLINGSELEND AUF LESBOS

Die Schweiz muss endlich den Flüchtlingen aus Moria helfen!
Die Städte wären dazu bereit. Seite 13

VIELE FALLEN DURCH DIE MASCHEN

Die Pandemie zeigt deutlich: Wir brauchen eine Allgemeine
Erwerbsausfall-Versicherung. Pläne gibt es seit langem. Seite 14

Geschätzte Genossinnen und Genossen, ich danke euch.



Während mehr als zwölf Jahren hatte ich das Glück, Präsident unserer Partei zu sein. Ich habe jeden Tag und jede Stunde dieser Mission genossen. Warum?

Zunächst einmal, weil ich mit jeder Faser meines Körpers an eine gerechtere und gleichere Gesellschaft glaube. Die Kämpfe für eine bessere Verteilung von Einkommen und Wohlstand, für ein stärkeres soziales Sicherheitsnetz, für die Emanzipation und die Freiheit jedes und jeder Einzelnen führen die historischen Kämpfen der Sozialdemokratie fort.

Nichts ist motivierender, als jeden Tag in der politischen Arbeit die eigenen Ideale umsetzen zu dürfen.

Zweitens, weil ich das Privileg hatte, kreuz und quer durch das Land zu reisen und euch zu treffen. Ihr füllt die Idee der sozialen Gerechtigkeit mit Leben, an Partei-Anlässen, auf den Strassen und Plätzen unserer Gemeinden. In den Versammlungen, Parlamenten und kommunalen Exekutiven plädiert ihr Woche für Woche für eine bessere Lebensqualität und für die Berücksichtigung von Umweltanliegen. Ihr seid die Gesichter der Sozialdemokratie, in all ihrer Vielfalt. Mich haben diese Treffen mit euch bereichert, diese gemeinsamen Erfahrungen, diese Tausenden von Gesichtern, die sich einem gemeinsamen Ziel zuwenden.

Schliesslich, weil unsere Partei eine klare Maxime entwickelt hat, in der ich mich voll und ganz wiederfinde: Es gilt, eine Vision für die Zukunft zu entwickeln und gleichzeitig in der Gegenwart engagiert Ergebnisse zu präsentieren. Eine Linkspartei ohne ein mehr oder weniger utopisches Programm verkümmert und wird zur blossen staatlichen Verwaltungsgehilfin. Doch wenn sich die Partei zu sehr an revolutionären Idealen orientiert und das Interesse am konkreten sozialen Fortschritt hintenanstellt, wird sie schnell und zu Recht das Vertrauen ihrer Wählerschaft verlieren.

Andere werden nun die Zügel in die Hand nehmen. Sie wollen Verbindungen zu sozialen Bewegungen aufbauen und die parteiinterne Demokratie stärken. Sie haben Recht. Sie haben die Kraft und die Erfahrung dazu. Setzt euer Vertrauen in sie. Und begegnet ihnen mit demselben Wohlwollen, das ihr mir in all diesen Jahren entgegengebracht habt.

Christian Levrat

INHALT

- 4 **Präsidiumswahl I: Mattea Meyer und Cédric Wermuth**
- 6 **Präsidiumswahl II: Martin Schwab**
- 8 **Keine Scheintransparenz in der Polit-Finanzierung**
Der Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative scheiterte im Nationalrat. Bald kommt das Geschäft vors Volk.
- 13 **Moria: Die Schweiz muss endlich helfen!**
Wir haben die Pflicht, deutlich mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Jetzt!
- 15 **Zeit für eine Revolution**
Globale Probleme lassen sich nur global lösen. Dafür braucht es ein Weltparlament.
- 16 **Vizepräsidium: Diese Frauen und Männer stellen sich zur Wahl**
- 18 **Neumitglied**
Bianca Ott ist im Frühling der SP beigetreten. Was treibt sie an?
- 19 **Agenda**



Eine Woche lang wollen die Demonstrantinnen und Demonstranten vor dem Bundeshaus für einen griffigen Klimaschutz und einen «System Change» ausharren.

Klima: Bald 1,5 Grad Erderwärmung erreicht?

Diese Woche kommt es zwischen dem National- und Ständerat zur Einigungskonferenz zum CO₂-Gesetz (nach Redaktionsschluss). Ziel muss es sein, dass die beschlossenen Massnahmen dazu führen, dass die Erderwärmung 1,5 Grad nicht überschreitet, wie dies die Staatengemeinschaft im Pariser Abkommen bekräftigte. Dafür muss der Ausstoss von Treibhausgasen, allen voran durch die Verbrennung von fossilen Brenn- und Treibstoffen, reduziert werden.

Trotz Corona-Krise geht der Klimawandel nahezu ungebremst weiter. Die Erde ist bereits ein Grad wärmer als vor der industriellen Revolution. Bis 2024 könnte sogar die Schwelle von 1,5 Grad Erwärmung im Jahresmittel erreicht sein, so die aktuellen Prognosen der World Meteorological Organization (WMO). Für Europa werden eine weitere Erwärmung und mehr Stürme vorausgesagt. Die letzten fünf Jahre waren allesamt die wärmsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahre 1850. Trotz natürlicher Klimaschwankungen werden in den kommenden fünf Jahren fast alle Regionen der Erde wärmer sein als in der jüngsten Vergangenheit. Einzige Ausnahmen sind Teile des Südpolarmeers und des südöstlichen Pazifiks.

Während des Shutdowns der Corona-Pandemie sanken die Treibhausgas-Emissionen zwar um 17 Megatonnen pro Tag. Doch inzwischen steigt der Ausstoss wieder und die Messstationen messen neue Rekordwerte für das atmosphärische CO₂.

Zum Bericht der WMO: <https://bit.ly/35TWu3F>.

Christine Goll tritt bei SP 60+ an



Nach der grossen Aufbauarbeit, die Marianne de Mestral und Carlo Lepori im Co-Präsidium in den vergangenen sieben Jahren für die SP 60+ geleistet haben, steht an der Spitze nun ein Wechsel an. Christine Goll, die von 1991 bis 2011 im Nationalrat aktiv war, den VPOD präsierte und das Bildungsinstitut Movendo leitete, kandidiert für die Nachfolge von Marianne de Mestral, die Mitte November zurücktreten wird. «Ich freue mich sehr, dass wir mit Christine eine so erfahrene und engagierte Persönlichkeit für die Kandidatur gewinnen konnten», sagt Marianne de Mestral. Die Wahl durch die Mitglieder von SP 60+ findet an der Mitgliederversammlung vom 17. November in Bern statt.

In eigener Sache: alles online

Du kannst nicht am **Parteitag** dabei sein? Wir übertragen den Anlass auf unserer Internetseite **sp-ps.ch**. Klick dich rein zur Wahl der Parteispitze und den Diskussionen zum Positionspapier «Bedürfnisse decken statt Profite machen», das zum Thema «Alter» erarbeitet wurde.

Auch die Abdankung von **Helmut Hubacher**, die am Freitag, 25. September, stattfindet, übertragen wir auf unserer Website. Nicht alle können dabei sein. Aber alle sollen Anteil haben können.



«Es braucht eine starke SP, die den Aufbruch wagt»

WOFÜR STEHEN MATTEA MEYER UND CÉDRIC WERMUT, DIE BEIDEN KANDIDIERENDEN FÜRS CO-PRÄSIDIUM? FÜRS LINKS HABEN SIE EINIGE ECKPUNKTE IHRER POLITIK KONKRETISIERT.

Covid-19 verändert die politische und wirtschaftliche Realität grundlegend – was sind die wichtigsten Folgen, worin bestehen die wichtigsten Massnahmen?

Die Corona-Krise hat wie ein Brennglas auf Ungleichheiten und die Verwundbarkeit unserer Gesellschaft gewirkt. Hunderttausende gerieten nahezu über Nacht in existenzielle Not. Gleichzeitig wurde unmissverständlich klar: Wir können die Welt auf den Kopf stellen, wenn wir es nur wollen. Fast alle Arbeiten wurden auf Eis gelegt, mit Ausnahme der lebenswichtigen Arbeiten in der Pflege, Kinderbetreuung, Reinigung, im Verkauf oder im Verkehr. Doch die geringe Anerkennung und Entlohnung dieser überwiegend von Frauen geleisteten Arbeit steht in keinem Verhältnis zum systemrelevanten Stellenwert.

Für uns stehen folgende Prioritäten im Vordergrund:

■ Erstens kämpfen wir zuvorderst für eine wirtschaftliche Existenzsicherung, welche alle Erwerbsausfälle abdeckt und niemanden sich selber überlässt. Wir wollen die Er rungenschaften kompromisslos verteidigen und gleichzeitig die Lücken im System – zum Beispiel für Temporärarbeitende, Selbständige und oft schlecht versicherte Care-Arbeit – schliessen.

«Wir wollen die SP zur Partei der Klimagerechtigkeit machen»

■ Die Krise hat uns zweitens auch in unseren Überzeugungen gestärkt: Solidarität im Alltag und starke öffentliche Leistungen haben uns durch diese schwierige Zeit getragen. Und nicht ein blindes «alle gegen alle». Es braucht deshalb einen Ausbau des nicht-profitorientierten Service public.

■ Drittens engagieren wir uns weiter für eine Gesellschaft, in der wir zusammenstehen und einander Sorge tragen. Das geht über den nationalen Tellerrand hinaus. Aus Corona lernen heisst für die Schweiz, die Beziehungen zu Europa und der Welt zu vertiefen und die internationale Solidarität zu stärken. Wir brauchen einen neuen Anlauf sowohl für eine globale Klimapolitik wie auch für die Stärkung der globalen Gesundheitsversorgung.

Welche Vorstellungen verfolgt ihr zur Arbeit in der Partei?

Wir sind schon länger mitten in einer Welle der weltweiten Proteste für Klimaschutz, Gleichstellung und Frauenrechte, Demokra-



tie und Menschenrechte. All diese Proteste vereint eine Überzeugung: So wie die Welt jetzt ist, kann und soll es nicht weitergehen. Die Zukunft gehört einem guten Leben in Würde, Freiheit und Respekt für alle.

Und genau hier setzt die SP an. Es ist eine SP, die sich aus der Wut über Ungerechtigkeit nährt und alle Formen von Unterdrückung und Ausbeutung artikuliert. Doch sie wird von der Hoffnung angetrieben, dass wir gemeinsam die Verhältnisse verändern können. Wir wollen, dass die SP wieder DIE gestaltende Kraft wird, wie sie es im 20. Jahrhundert war: mit der Einführung der AHV, der Befreiung der Frau, dem Kampf gegen die Atomenergie und vielem mehr. Wir sind stolz, Mitglied einer Partei mit einer solchen Geschichte zu sein. Darauf können wir den linken Aufbruch aufbauen. Und dafür braucht es eine starke SP.

1. Wir wollen die nächsten Jahre den Parteaufbau vorantreiben. Mehr Mitglieder, mehr Sektionen in der ganzen Schweiz. Die Stärke der SP seid ihr, die Mitglieder!

2. Die SP soll zum spannendsten politischen Ort der Schweiz werden. Hier müssen die zentralen Fragen der Zukunft verhandelt werden. Dafür braucht es mehr Offenheit gegenüber sozialen Bewegungen und niederschwellige Partizipationsmöglichkeiten.
3. Wir möchten die SP zur stärksten Kampagnenorganisation der Schweiz machen, vor allem auch in den neuen Medien. Das ist unsere Stärke. Wer will, soll sich unkompliziert und projektbezogen bei uns engagieren können.
4. Sektionen und Kantonalparteien leisten wichtige Arbeit. Wir wollen die Zusammenarbeit mit der SP Schweiz verbessern und die Unterstützung für die Arbeit vor Ort ausbauen.

Wie soll sich die SP gegenüber den Grünen verhalten?

Es gibt nichts zu beschönigen: Die Wahlverluste im vergangenen Herbst waren schmerzhaft. Gleichzeitig sind wir zusammen mit den Grünen so stark wie seit langem nicht mehr. Mit den Grünen ist es wie in jeder Freundschaft: Mal arbeitet man zusammen, mal streiten wir uns, aber die meisten Werte teilen wir. Wir sollten uns nicht krampfhaft von den Grünen abgrenzen, sondern das betonen, was die SP stark macht. Und das ist die Verbindung der Anliegen von Verteilungsgerechtigkeit, Gleichstellung und Klimapolitik.

Ein Blick in die Zukunft – wo seht ihr die grössten Herausforderungen?

Die Corona-Krise führte uns einmal mehr deutlich vor Augen, wie verletzlich unsere Welt ist. Ihr müssen wir Sorge tragen. Mit der entsprechenden Ernsthaftigkeit müssen wir deshalb auch die grösste globale Krise des 21. Jahrhunderts angehen: die Klimakrise. Wir können unsere Welt und damit ein würdiges Leben für alle kommenden Generationen nur bewahren, wenn der globale Norden endlich aufhört, die vorhandenen Ressourcen zu übernutzen. Wir wollen die SP zur Partei der Klimagerechtigkeit machen und den dringend nötigen sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaftsweise voranbringen. Dazu gehört es, international Verantwortung wahrzunehmen und den Schweizer Finanzplatz in die Schranken zu weisen. Wir wollen den vollständigen Ausstieg aus den fossilen Energien und ihrer Finanzierung ernsthaft anpacken.

Wir hören immer, wie wollt ihr das alles denn finanzieren – den ökologischen Umbau, Kinderbetreuung als Service public, eine Existenzsicherung für alle? Die Antwort ist einfach. Würden Unternehmen heute zum Steuersatz von 1990 besteuert, könnte die öffentliche Hand Mehreinnahmen von

17 Milliarden Franken pro Jahr generieren. Steuerpolitisch brauchen wir einen radikalen Umbruch. Wir müssen der massiv zunehmenden Konzentration von Reichtum und der Umverteilung von Arbeit zu Kapital entschieden entgegenwirken.

Ob Klimakrise, Steuergerechtigkeit oder auch die Flüchtlingskrise: Wir können diese Herausforderungen nur gemeinsam und international lösen. Wenn Griechenland Asylsuchende wieder aufs Meer zurückschickt, ist das nicht einfach ein griechisches Problem, sondern ein Versagen der Regierungen in ganz Europa und damit auch der Schweiz. Es muss endlich Schluss sein mit den Reduit-Fantasien der Konservativen. Wir wollen ein Land von Welt und mit Vorbildcharakter sein.

Worauf freut ihr euch am meisten?

Die SP ist unsere politische Familie. Hier schlägt unser Herz, hier fühlen wir uns zuhause und verankert. Die Arbeit, welche von den Mitgliedern geleistet wird, ist unersetzbar. So viele gute Ideen, so viel Einsatz, so viele Menschen, die den Mut haben, zur eigenen Haltung zu stehen.

Auf die Begegnungen mit euch und die gemeinsamen politischen Projekte freuen wir uns am meisten. Und ja, dazu gehören auch ehrliches Feedback, Kritik und konstruktiver Streit. Wir sind voller Tatendrang, um die SP zur prägenden politischen Kraft dieses Landes zu machen. Es braucht gerade jetzt mehr denn je eine starke SP, die den Aufbruch wagt.

ZU DEN PERSONEN

Mattea Meyer, 33, verfügt über einen Master in Human- und Wirtschaftsgeografie, ist Präsidentin des Dachverbands SAH Netzwerk Schweiz und engagiert sich seit vielen Jahren im Asylwesen und für die Sans-Papiers. Die Winterthurerin war von 2010–2013 Vizepräsidentin der JUSO Schweiz und vertritt seit 2015 die SP im Nationalrat. Sie lebt in einer Partnerschaft und hat eine dreijährige Tochter.

Cédric Wermuth, 34, verfügt über einen Master in Politikwissenschaften und arbeitet als Berater bei der Kommunikationsagentur Spinas Civil Voices. Von 2008–2011 präsidierte er die JUSO Schweiz, 2015 wurde er in den Nationalrat gewählt. Der Aargauer ist Vizepräsident der SP-Fraktion, verheiratet und Vater von zwei Töchtern im Alter von zwei und fünf Jahren.



Tinu Schwab: «Taten statt Worte»

WELCHE POSITIONEN VERTRITT DER BERNER KANDIDAT? UND WOHIN WÜRDIE DIE REISE UNTER SEINER FÜHRUNG GEHEN? WIR HABEN NACHGEFRAGT.

Wie schätzt du die Folgen der Covid-Krise ein? Und was sind die konkreten Massnahmen dagegen?

Es tut mir leid für alle, die durch das SARS-CoV-2-Virus einen geliebten Menschen verloren haben, entlassen wurden oder eine lang ersehnte Investition aufgrund wirtschaftlicher Instabilitäten nicht tätigen konnten. Das wird Folgen haben, physisch wie psychisch.

Allen Menschen, die unter diesen Folgen leiden, muss geholfen werden, schliesslich sind viele unverschuldet in diese Lage geraten. Deshalb müssen wir uns als linkes Bollwerk gegen noch mehr Sparmassnahmen in dieser Krise wehren.

Ausserdem sollten wir uns nicht nur um die aktuelle Symptombekämpfung kümmern, sondern auch einen Fokus auf die Prävention legen, damit das Risiko weiterer Pandemien drastisch reduziert wird. Das ist möglich! Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen liefert im Bericht «Preventing the next pandemic» Lösungen. Wissenschaftler sagen ebenfalls, dass die Verhinde-

rung der Pandemie fünfhundert Mal billiger gewesen wäre als ihre Bekämpfung.

Wie bringst du die Partei auf Siegeskurs?

Das Vertrauen in unsere Politik schwindet. Viele Menschen sind frustriert, dass trotz unseres Engagements, etwa für tiefere Krankenkassenprämien, die Kosten weiterhin steigen. Oder dass wir bis jetzt mit unserer Klimapolitik nur bescheidene Erfolge erzielen konnten. Das ist keine gute Werbung für uns.

Wir brauchen eine Identifikationsfigur, in der sich die Menschen wiedererkennen. Die Menschen kennen Gölä. Aber kennen sie einen linken Büezer als Politiker? Als linker Büezer und damit Vertreter der grossen Mehrheit in unserem Land kann ich dieses Vertrauen aufbauen und die Menschen auf Augenhöhe abholen. Das fehlt in unserer Partei! Unterschätzt diesen Punkt nicht!

Wir haben ausserdem eine unglaublich schlagkräftige Basis, auf der wir viel stärker aufbauen müssen, wollen wir wieder Sitze gewinnen. Auch sollten wir persönlicher

werden; Sektionen und Mitglieder müssen viel stärker ins Zentrum gestellt werden, denn auch sie leiden an Problemen, wie man an der Kommunaltagung der SP Schweiz in Belp vernehmen konnte. Diversität leben, so lautet die Devise. Es muss mit aller Deutlichkeit kommuniziert werden, jeder und jede hat in unserer Partei Platz. Dafür setze ich mich vorbehaltlos ein.

Wie soll sich die SP gegenüber Grünen und Gewerkschaften verhalten?

Ob kommunal, kantonale oder national; alleine schaffen wir es nicht. Das Gleiche gilt übrigens für die Gewerkschaften und die

«Wenn jemand mit 61 genug vom Arbeitsleben hat, soll eine Frühpensionierung kein Problem sein.»

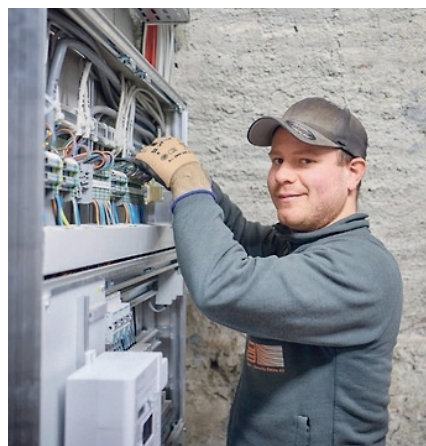


«Wir müssen die Klimapolitik unserer Partei komplett neu denken.»

die Klimapolitik in unserer Partei komplett neu denken. Nicht nur müssen wir jetzt politisch absolut Vollgas geben und Maximalforderungen stellen (und davon dann auch nicht abweichen und auf faule Kompromisse eingehen – die Natur kennt keine!). Wir müssen auch zum politischen Dreh- und Angelpunkt der Menschen werden, wenn wir eine sozialverträgliche Klimapolitik gestalten wollen. Alle interessierten Menschen sollten wir offen miteinbeziehen und ihnen die Chance auf Vernetzung, Austausch, Inspiration und Innovation geben. Das Ziel muss sein, dass die grosse Mehrheit der Passantinnen und Passanten die SP nennen, wenn sie darauf angesprochen werden, welche Partei sie mit der Klimapolitik in Verbindung bringen.

Worauf freust du dich am meisten, solltest du gewählt werden?

Aufs Loslegen! Keine Sekunde würde ich verschwenden, sondern mich direkt an die Arbeit machen, um die vorgenommenen Ziele auch wirklich zu erreichen. Denn es zählt schlussendlich nur der Output, frei nach dem Motto: Taten statt Worte.



ZUR PERSON

Martin Schwab, 25, ist Elektroinstallateur und seit drei Jahren aktives Mitglied der SP-Sektion Nidau, BE. In der Freizeit fährt Tinu, wie er von allen genannt wird, Rennvelo oder recherchiert Fakten. Er ernährt sich vegan und engagiert sich im Klimaschutz.

Grünen. Richtungsweisende Entscheide können nur gemeinsam Realität werden. Das hat man zuletzt eindrücklich bei der Abstimmung zur Anti-Rassismus-Strafnorm gesehen. Da wir grundsätzlich die gleichen übergeordneten Ziele anstreben, muss eine starke und offene Zusammenarbeit auf allen Ebenen erfolgen. Jedoch sollten wir auch unsere Stärken deutlich hervorheben. Das betrifft die Migrations-, Gesundheits-, Sozial- und Europapolitik.

Wie stehst du zur Rentenreform? Wie stehst du zum Rentenalter der Frauen?

Das System als solches muss hinterfragt werden. Entspricht es noch den Bedürfnissen der Bevölkerung? Es sollte nicht bei fixen Altersgrenzen bleiben. Wenn jemand bis 70 oder noch länger arbeiten möchte, so soll das problemlos möglich sein. Wenn jemand mit 61 genug vom Arbeitsleben hat, soll auch eine Frührentenpensionierung kein Problem sein. Alle nach ihren eigenen Bedürfnissen. Ein wichtiger Punkt ist auch der Fachkräftemangel, der mitbedacht werden muss, wenn Facharbeiterinnen und -arbeiter pensioniert werden. Diese Menschen fehlen der Wirtschaft mit ihrer Erfahrung.

Wie stehst du zum Rahmenabkommen mit der EU?

Heute gibt es keinen Weg, um Streitfälle zwischen Bern und Brüssel rechtlich zu klären. Einigen sich die beiden Parteien nicht im gemischten Ausschuss, bleibt die Frage jahrelang ungelöst. Ein Rahmenabkommen ist daher Pflicht. Ohne dieses will die EU mit der Schweiz keine neuen Marktzugangsverträge mehr abschliessen und bestehende Abkommen nicht länger aufdatieren. Dies gefährdet mittelfristig den bilateralen Weg. Deshalb ist ein institutionelles Rahmenabkommen für die Weiterentwicklung der bilateralen Abkommen absolut notwendig. Allerdings kann man das Abkommen nur unterstützen, wenn es die Beibehaltung des erreichten Arbeitnehmerschutzes sowie das Angebot des Service public garantiert und eine vernünftige Teilhabe der Schweiz an der Weiterentwicklung des europäischen Rechts erlaubt.

Welche Klimapolitik braucht es?

Wirtschaft, Mobilität, Energie, Landwirtschaft, Freizeit – das sind unterschiedliche Sektoren mit identischen Herausforderungen: die sofortige und drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen.

Leider konnten wir damit bisher nicht punkten. Wir verloren fast ein Viertel der Sitze an die Grünen. Wir müssen deshalb

Mehr als ein Nein

Am Sonntag stimmen wir über die Erhöhung der Kinderabzüge ab. Die SP hat dagegen das Referendum ergriffen. 370 Millionen Franken sollen an die reichsten Familien verteilt werden. Je höher das Einkommen, desto höher der Steuerabzug. Und jene Familien mit wenig Geld, die wirklich Unterstützung bräuchten, erhalten nichts. So weit, so schlecht.

Doch dieser Kinderabzug-Bschiss ist erst der Anfang. Angeleitet von Wirtschaftsverbänden und Konzernlobby, haben die rechten Parteien weitere milliardenteure Vorlagen in der Pipeline: Abschaffung der Stempelabgaben auf Wertpapiere und Börsengeschäften (Ausfälle total über zwei Milliarden Franken pro Jahr); Reform der Verrechnungssteuer (200 Millionen jährlich, dazu einmalig 750 Millionen); Abschaffung der Industriezölle (570 Millionen); Senkung der Mehrwertsteuer auf Treibstoffe (240 Millionen). Obendrauf kommen die Abschaffung der sogenannten Heiratsstrafe und die Reform des Eigenmietwerts, was jeweils nochmals rund eine Milliarde Franken pro Jahr kostet.

Summiert ergibt das Steuerausfälle von gegen fünf Milliarden Franken – jährlich wiederkehrend, wohlgemerkt! Das sind nichts als Subventionen für Versicherungen, Grosskonzerne, Immobilienbesitzer oder für die Autolobby. Und bezahlen muss diese Subventionen – das kennen wir doch – die arbeitende Bevölkerung.

Darum braucht es am Sonntag ein deutliches Signal an die Bürgerlichen: Schluss damit! Gegen die SP, gegen die Mehrheit der Bevölkerung, kommt ihr mit euren unsozialen Vorlagen nicht durch! Die Bürgerlichen haben sich schon mit der USR III eine blutige Nase geholt. Offenbar brauchen sie nochmals eine Niederlage, um die Lektion zu begreifen.

Das Nein zum Kinderabzug-Bschiss ist also mehr als ein Nein zu einer unsozialen und ungerechten Steuervorlage. Es ist ein Nein zur bürgerlichen Klientel- und Abbaupolitik. Ein Nein zu allen steuer- und sozialpolitischen Gemeinheiten, die in den nächsten Jahren drohen. Ein Nein, das den Weg frei macht für soziale und progressive Reformen, sei es in der Steuerpolitik oder bei der AHV. Es steht viel auf dem Spiel, darum: An die Urne!



Mehr Licht statt Scheintransparenz

DER NATIONALRAT LEHNTE LETZTE WOCHE DEN GEGENVORSCHLAG ZUR TRANSPARENZ-INITIATIVE AB. RICHTIG SO. DENN DIE NAMEN VON GROSSPENDERINNEN UND GROSSPENDERN HÄTTEN NICHT MEHR OFFENGELEGT WERDEN MÜSSEN. JETZT LIEGT DER BALL WIEDER BEIM STÄNDERAT UND WOHL SCHON BALD BEI DER BEVÖLKERUNG.

Die Politik tut sich mit Transparenz in der Politikfinanzierung sehr schwer. Das zeigte einmal mehr die letzte Nationalratsdebatte zum indirekten Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative. Die bürgerliche Mehrheit im Rat schwächte den Gegenvorschlag massiv ab und entschied, dass Grossspenden auch in Zukunft anonym bleiben. Das konnten wir nicht akzeptieren. In der nationalrätlichen Gesamtabstimmung fiel der Gegenvorschlag dann durch. Auch bei den Bürgerlichen genoss der nun komplett zahllose Gegenvorschlag offenbar nicht überall Sympathien. Das ist gut so. Denn wir wollen keine Scheintransparenz.

Der Wunsch der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ist klar: Zwei Drittel der Bevölkerung wünscht sich laut Umfragen mehr Transparenz in der Politikfinanzierung. Die jüngst angenommenen kantonalen Transparenz-Initiativen der JUSO in Schaffhausen, Schwyz und Freiburg zeigen, dass die Bevölkerung endlich mehr Licht im Dunkel will.

Transparenz schafft Vertrauen in die Politik

Der Entscheid im Nationalrat reiht sich ein in eine ganze Liste abgelehnter Vorstösse der letzten Jahrzehnte. Die bürgerliche Mehrheit wehrt sich mit Händen und Füssen gegen Transparenz in der Politik-



Nadine Masshardt, Nationalrätin BE, Co-Präsidentin des Trägervereins der Transparenz-Initiative

finanzierung. Doch Politikerinnen und Politiker sollten ein grosses Interesse daran haben, Transparenz zu schaffen und damit das Vertrauen in die Politik zu stärken.

In keinem Land können die Bürgerinnen und Bürger so oft abstimmen und wählen wie in der Schweiz. Gerade darum ist es wichtig, dass bei all diesen Urnengängen mit offenen Karten gespielt wird. Als Grundlage für ihre Entscheidung an der Urne hat die Bevölkerung das Recht zu wissen, welche grossen Geldgeberinnen und Geldgeber hinter Parteien oder Komitees stecken.

Stimmbevölkerung kann sich erstmals äussern

Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, in dem keine Informationen zu Grossspenden, Parteien- und Kampagnenfinanzierungen veröffentlicht werden müssen. Über mögliche finanzielle Abhängigkeiten können wir nur spekulieren. Klar ist einzig: Hätte Geld keinen Einfluss, würde für Wahl- und Abstimmungskampagnen nicht immer mehr Geld ausgegeben. Wollen wir unsere Demokratie stärken, braucht es endlich mehr Transparenz darüber, wie die Politik finanziert wird. Nun liegt der Ball wohl bald bei der Bevölkerung.

DIE TRANSPARENZ-INITIATIVE IN KÜRZE

Die Transparenz-Initiative verlangt, dass Spenden von mehr als 10 000 Franken für eine nationale politische Partei, einen Wahlkampf oder für nationale Abstimmungskampagnen öffentlich deklariert werden müssen und nicht mehr anonym getätigt werden dürfen. Auch Personen und Komitees, die für Kampagnen mehr als 100 000 Franken einsetzen, sollen Grossspenden offenlegen müssen.

Schluss mit der unmenschlichen Sackgasse Rückkehrzentrum

DIE SCHWEIZ IST ABSCHIEBE-EUROPAMEISTERIN – WIR WEISEN AM EFFEKTIVSTEN GEFLÜCHTETE MENSCHEN AB.



Mirjam Veglio,
Co-Präsidentin
SP Kanton Bern,
Grossrätin

Hinter dem Bild der effizienten Schweizer Abschiebungsmaschinerie stehen menschliche Schicksale, zerstörte Leben, verlorene Hoffnungen, Ängste, Verzweiflung und Not. Die harte Haltung zieht sich wie ein roter Faden auch durch die Asylpraxis des Kantons Bern. Sie zeigt sich besonders schlimm bei den Rückkehrzentren, welche dieses Jahr aufgrund der Änderung des Asylgesetzes neu eingerichtet wurden.

In Rückkehrzentren werden Asylsuchende untergebracht, die von den Bundesbehörden einen negativen Asylentscheid erhalten haben und von ihnen angewiesen wurden, innerhalb von drei Monaten in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Weil viele der von einem negativen Entscheid Betroffenen nicht ausgeschafft werden können, wird auf sie eine perfide Zermürbungsstrategie angewendet. Dazu gehört, dass sie nur dann die extrem knapp bemessene Nothilfe von 8 Franken pro Tag erhalten, wenn sie sich in einem der

drei kantonalen Asylzentren aufhalten. Die Lebensmöglichkeiten sind auf ein absolutes Minimum reduziert, Arbeit und Ausbildung sind verboten, ein Aufenthaltsstatus wird ihnen verwehrt. Damit soll die freiwillige Ausreise dieser Menschen erzwungen werden. Dass viele von ihnen nicht wie angeordnet ausreisen können, zeigt sich aber schon daran, dass die Schweiz diese Personen nicht ausschaffen kann. Und so bleiben sie teilweise jahrelang in diesem Nothilferegime.

Befürchtungen bewahrheiten sich

Die SP hatte sich im letzten Jahr, als im Grossen Rat über die Ausgestaltung des neuen Systems mit den Rückkehrzentren beraten wurde, für eine konsequente Anwendung der Härtefallklausel eingesetzt. Zudem forderten wir, dass Geflüchtete in Langzeitnothilfe in einer unmenschlichen Sackgasse stecken. Wir fordern eine entsprechende Lösung und den Verzicht auf die unmenschliche Zermürbungsstrategie. Nun zeigt sich bereits kurz nach der Einführung der kantonalen Rückkehrzentren, dass sich die Befürchtungen bewahrheiten: Die Menschen leben unter engen und schwierigen Bedingungen, ohne Tagesstruktur und Perspektive, mit viel Verzweiflung.

Die versuchte Selbstverbrennung eines Asylsuchenden mit negativem Entscheid auf dem Bundesplatz vom 20. Juli 2020 hat die Situation von Menschen in der Nothilfe ins

gesellschaftliche Bewusstsein geholt. Der kantonale Sicherheitsdirektor, Regierungsrat Philippe Müller, sprach herablassend von einer verantwortungslosen Inszenierung und von einer «Show». Die SP hat diese Aussage als menschenverachtend verurteilt.

Kantonale Politik muss handeln

Mit Menschen in Langzeitnothilfe entsteht eine rechtlose Kaste, der soziale Isolation, Verelendung und Hunger drohen. 8 Franken pro Tag reichen für ein würdiges Leben bei weitem nicht aus. Niemand wählt freiwillig diese perspektivlose Situation als Dauerzustand. Denn von Nothilfe zu leben, bedeutet nicht, Hilfe zu erhalten, sondern extreme Not zu erfahren. Der jetzige Zustand mit den Rückkehrzentren ist unwürdig und nicht hinnehmbar. Die kantonale Politik muss angesichts der Missstände handeln. Wir fordern, dass das Abschieben in die Nothilfe von Flüchtlingen, die keine Rückkehrmöglichkeiten haben, endlich aufhört. Für Menschen, die vor der Revision ein sehr langes Asylverfahren über sich ergehen lassen mussten und schliesslich einen negativen Entscheid erhielten, braucht es jetzt einen Akt der Menschlichkeit, um sie aus dieser unmenschlichen Sackgasse «Nothilfe» zu befreien. Diese Menschen sollen eine vorläufige Aufnahme erhalten und die Möglichkeit, sich auszubilden und zu arbeiten.

Wahlkampf in Corona-Zeiten

DIESEN HERBST FINDEN IN VIELEN GEMEINDEN DER REGION WAHLEN STATT. ZIEL EINER JEDEN WAHLKAMPAGNE IST ES, MÖGLICHST VIELE MENSCHEN FÜR DIE EIGENEN IDEE UND VISIONEN ZU GEWINNEN. DOCH IN CORONA-ZEITEN ERWEIST SICH DAS ZUSAMMENBRINGEN VON VIELEN MENSCHEN ALS EHER SCHWIERIG. DREI SEKTIONEN BERICHTEN, WIE SIE DEN ERSCHWERTEN BEDINGUNGEN IM ANSTEHENDEN WAHLKAMPF IN IHRER GEMEINDE TROTZEN WOLLEN.

SP Belp

Die SP Belp führt ihren Wahlkampf mit den bewährten Mobilisierungsformen durch, die sich nur sehr wenig von jenen in «Nicht-Corona-Zeiten» unterscheiden. Die Sektion wird sich mehrere Male mit einem Stand auf dem Samstags-Märit zeigen, frühmorgens und abends Wahlmaterial und Give-aways am Bahnhof verteilen und insgesamt dreimal die SP-Zeitung «die Lupe» an alle Haushalte versenden. Insbesondere die SP-Zeitung eignet sich zu Corona-Zeiten sehr gut, um die kandidierenden Gemeinderät*innen vorzustellen, ihre politischen Projekte und Erfolge aufzuzeigen sowie neue Visionen und zukünftige politische Schwerpunkte zu präsentieren.

Kristin Arnold, Präsidentin SP Belp

SP Meikirch

Mit dem Slogan «Meikirch – gesund und vielfältig» will die SP Meikirch zahlreiche Wählende mobilisieren, am 8. November 2020 die

Partei für alle statt für wenige zu wählen. Coronabedingt setzt die Sektion vermehrt auf Versände in alle Haushalte und verzichtet dafür in diesem Jahr gänzlich auf die sonst üblichen zentralen Standaktionen. Da ein Wahlkampf ohne physische Präsenz jedoch nur schwer vorstellbar ist, werden sich die Kandidierenden (Lela Gautschi-Siegrist, bisher; Karin Fisli; Noah Zbinden und Jonas Ammann) sowie Helfer*innen frühmorgens einige Mal an verschiedenen Postautohaltestellen positionieren und Give-aways verteilen. Wie ansprechend ein kurzes Gespräch durch eine Schutzmaske sein wird oder wie persönlich ein Give-away per Gummihandschuh wirklich übergeben werden kann, lässt sich wahrscheinlich erst im Nachhinein eindeutig eruieren. Fest steht, dass Corona auch den Wahlkampf in kleineren Gemeinden stark verändern kann.

Jonas Ammann, Co-Präsident SP Meikirch

SP Muri-Gümligen

Bereits an der Hauptversammlung im Juli hat die SP Muri-Gümligen mit der Nominierung ihrer Kandidat*innen den Auftakt zur Wahlkampagne für die im Oktober anstehenden Gemeindewahlen gemacht. Die Kandidat*innen für den Gemeinderat heissen Beat Wegmüller (bisher), Eva Schmid und Raphael Racine, beide Mitglieder des Grossen Gemeinderats (GGR), sowie Suzanne Fankhauser und Karin Künti. Für den GGR kandidieren sowohl bisherige als auch neue Genoss*innen.

Die Wahlkampf-Aktivitäten halten sich im üblichen Rahmen. Unter Einhaltung der Corona-Schutzmassnahmen werden im September und Oktober Standaktionen durchgeführt und gleichzeitig läuft die Wahlkampagne digital über Social-Media-Kanäle und mit einer aktualisierten Webseite. Die SP Muri-Gümligen ist überzeugt, auch dank der sehr motivierten und kompetenten Kandidat*innen einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen und als bewährte linke Kraft mobilisieren zu können. Die Aufbruchstimmung an der letzten Mitgliederversammlung hat die Verantwortlichen der Sektion zusätzlich ermutigt, den eingeschlagenen Kurs weiterzuverfolgen.

Eva Schmid, Mitglied Grosser Gemeinderat Muri bei Bern



Die SP Muri-Gümligen an einer Strassenaktion vor dem Zentrum Moos in Gümligen.
V.l.n.r.: Raphael Racine, Eva Schmid, Beat Wegmüller und Angelo Zaccaria.

Dieter Egli – mein idealer Nachfolger

Dieter Egli ist der Regierungsratskandidat der SP Aargau. Departementswechsel der bisherigen Amtsinhaber sind nicht zu erwarten. Alles spricht dafür, dass Dieter nach seiner Wahl mein Departement Volkswirtschaft und Inneres übernehmen würde. Gute Aussichten für den Aargau: Die Aargauer Wirtschaft steht vor grossen Herausforderungen, Strukturwandel und Digitalisierung beschleunigen sich, ein weiterer Arbeitsplatzabbau droht. Dieter Egli engagiert sich seit vielen Jahren für unseren Wirtschaftsstandort und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aargau. Als Gewerkschafter und als Präsident der zuständigen grossrätlichen Kommission hat er sich stets für eine aktive Wirtschaftspolitik eingesetzt.

Dieter Egli ist nicht nur in der Wirtschaft zuhause. Die Sicherheitspolitik ist sein zweites Standbein. Als Kommissionspräsident und Präsident der Polizeigewerkschaft VKA waren für ihn genügend personelle Ressourcen für die Polizei und gute Arbeitsbedingungen unserer Polizistinnen und Polizisten ein zentrales Anliegen – beides entscheidende Voraussetzungen für einen sicheren Aargau.

In der Politik kann man sich seine Nachfolger nicht aussuchen. Umso

mehr freut es mich, wenn die Chance auf einen idealen Nachfolger gegeben ist. Packen wir sie!

Urs Hofmann von Aarau ist SP-Regierungsrat.

Verantwortung für die Menschen

IM WAHLKAMPF REDET DIE SP MIT DEN MENSCHEN, NICHT ÜBER SIE. DIESE KONTAKTE SIND DIE GRUNDLAGE FÜR UNSERE POLITISCHE ARBEIT. DESHALB SIND WIR ALLE WIEDER UNTERWEGS, AN QUARTIERUMFRAGEN, STANDAKTIONEN ODER ANLÄSSEN. ICH DANKE EUCH ALLEN FÜR EUER ENGAGEMENT!



Dieter Egli von Windisch ist SP-Grossrat, Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Vizepräsident der SP Aargau. Er kandidiert am 18. Oktober 2020 für den Regierungsrat und für den Grossen Rat.

Die SP ist präsent in diesem Wahlkampf. Das spüren die Menschen. Und das spüre auch ich als Regierungsratskandidat. In den letzten Wochen konnte ich viele interessante Gespräche führen. Meine Erfahrung: Es ist nicht so, dass die Menschen nichts von Politik wissen wollen. Wenn man sie konkret darauf anspricht und nachfragt, dann erzählen sie oft ihre Geschichten:

■ Sie erzählen davon, dass Schulangebote nicht mehr durchge-

führt werden. Nicht weil sie von irgendjemandem in Zweifel gezogen würden, sondern einfach, weil das Geld fehlt.

■ Sie erzählen von prekären Arbeitsverhältnissen, dass sie auf Abruf arbeiten – und dass sie seit Beginn des Lockdowns von ihrem Arbeitgeber einfach nichts mehr gehört haben.

■ Sie erzählen von der Schwierigkeit, einen Arzttermin zu erhalten – und von der Angst, dass es in der Region irgendwann keine Hausärztinnen oder Hausärzte mehr geben wird.

■ Sie erzählen vom ungenuten Gefühl, das sie beschleicht, wenn sich ein Temperaturrekord-Jahr ans andere reiht und von Frühling bis Herbst Trockenheit herrscht.

All diese Geschichten zeigen mir, dass wir richtig liegen mit unseren zentralen Forderungen: Starke Bildung, sichere Löhne, zahlbare Gesundheit und Schutz des

Klimas. Was wir fordern, bewegt die Menschen. Nicht erst seit dieser unsicheren Zeit der Corona-Krise. Diese Krise hat uns nicht geläutert, sie hat – leider – alte Missstände noch verschärft: Wer vorher schon ein gutes Polster hatte, ist ganz gut durchgekommen. Und wer vorher schon untendurch musste, wurde noch einmal abgestraft.

Das heisst: Unsere sozialdemokratischen Werte sind so aktuell wie nie zuvor. Für sie kämpfen wir – und für all die Menschen mit ihren Geschichten. Sie haben ein Anrecht darauf, dass die Gesellschaft, der Staat Chancengleichheit garantiert und gewisse Leistungen bietet, auf die sie auch künftig zählen können – einen funktionierenden Service public eben.

Darum geht es in diesen Wahlen. Dafür setze ich mich ein. Und dafür will ich ab 2021 Verantwortung übernehmen. Das kann ich nur, wenn ich gewählt werde – und wenn wir die linke Vertretung im Grossen Rat zusammen stärken. Es sind noch drei Wochen bis zur Wahl. Ich zähle auf euch!

«Bei uns sind alle willkommen»

DAS PROJEKT «HELLOWELCOME» SUCHT MENSCHEN, DIE FREIWillIG MITHELFFEN. «LINKS.LU» SPRACH MIT REZA HOSSEINI, DER SEIT MEHR ALS ZWEI JAHREN IM BETRIEBSTEAM MITARBEITET. Interview: Sebastian Dissler

Reza, kannst du dich bitte unseren Leserinnen und Lesern vorstellen?

Ich heisse Reza Hosseini, bin 25 Jahre alt, stamme aus Afghanistan, bin im Iran aufgewachsen und lebe seit sechs Jahren in Luzern. Seit Juni 2018 arbeite ich als Assistent bei HelloWelcome an drei Tagen pro Woche. Ich lerne mit Geflüchteten Deutsch, organisiere den Putzdienst – und helfe überall dort, wo ich gebraucht werde.

Was passiert bei «HelloWelcome»?

«HelloWelcome» ist ein Ort der Begegnung für Geflüchtete, Einheimische und Men-

schen mit Migrationshintergrund. Es gibt einen offenen Treff und ein sehr abwechslungsreiches Programm. Die Besucherinnen und Besucher können auch eigene Ideen einbringen, Veranstaltungen organisieren – und wir vom Betriebsteam helfen ihnen bei der Organisation.

Wie viele Menschen arbeiten bei «HelloWelcome» mit?

Im Betriebsteam sind wir zu viert, zwei Frauen, zwei Männer, zwei Einheimische, zwei Migranten. Und dazu kommen sehr, sehr viele Freiwillige.

Warum sucht ihr denn jetzt Freiwillige?

Durch die aktuelle Situation pausieren viele unserer Freiwilligen – weil sie zu einer der Corona-Risikogruppen gehören. Wir suchen deshalb Menschen, die mit Geflüchteten Deutsch lernen, ihnen bei den Hausaufgaben helfen oder sie im Alltag begleiten und unterstützen: bei der Job- und der Wohnungssuche, bei Bewerbungen. Nächstens gibt es auch einen Computertreff – und dafür brauchen wir ebenfalls Freiwillige.

Wie können SP-Mitglieder, die sich bei euch engagieren möchten, mit euch in Kontakt treten?

Sie können uns besuchen, ein Mail schicken – oder an einen der Informationsabende für neue Freiwillige kommen. Am besten ist es aber immer, während der Öffnungszeiten mal vorbeizuschauen. Da merkt man schnell: Bei «HelloWelcome» sind alle willkommen!



Vor Corona entstanden: gemeinsames Nähen bei «HelloWelcome».

«HelloWelcome» ist ein Ort der Begegnung für Geflüchtete, Einheimische und Menschen mit Migrationshintergrund.»

Gratis-Einbürgerung für junge Erwachsene

Knapp ein Viertel der Bevölkerung der Stadt Luzern wird heute von den politischen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten ausgeschlossen, weil die Betroffenen nicht im Besitz des schweizerischen Bürgerrechts sind. Viele dieser Menschen leben seit langer Zeit hier, bezahlen hier Steuern und gestalten die Stadt in der einen oder anderen Form mit.

Gerade für hier aufgewachsene Jugendliche und junge Erwachsene ohne Elternteil mit Schweizer Bürgerrecht ist es oft frustrierend zu sehen, dass sie weniger Rechte haben als ihre schweizerischen Alterskolleg*innen. Sobald sie dann ein Einbürgerungsgesuch einreichen wollen, erfahren sie, dass sie dafür insgesamt ungefähr 3000 Franken bezahlen müssten. Diese Summe haben nur die wenigsten von ihnen zur Verfügung.

«Knapp ein Viertel der Bevölkerung der Stadt Luzern wird heute von den politischen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechten ausgeschlossen.»

Im Januar 2019 wurde im Grossen Stadtrat von Luzern eine von der SP mit Unterstützung der Grünen und der GLP eingereichte Motion angenommen, die den Erlass der kommunalen Einbürgerungsgebühren für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene fordert. Auf Anfang 2021 wird diese Forderung nun endlich umgesetzt.

Es bleibt aber noch einiges zu tun. In der Stadt Luzern sind die Einbürgerungsgebühren für Menschen über 25 Jahre auch weiterhin deutlich höher als im kantonalen Durchschnitt. Durch den Bund wird vorgegeben, dass nur Menschen mit einer Aufenthaltsbewilligung C ein Einbürgerungsgesuch stellen können. Und da Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung vom Status ihrer Eltern abhängig sind, können viele von ihnen kein Einbürgerungsgesuch einreichen.

Simon Roth, Fraktionschef SP Stadt Luzern

Die Schweiz muss endlich helfen!

DIE SCHWEIZ STEHT IN DER HUMANITÄREN PFLICHT, DEUTLICH MEHR FLÜCHTLINGE AUS MORIA AUFZUNEHMEN. JETZT! DIE GRÖSSTEN SCHWEIZER STÄDTE WÜRDEN DAZU HANDBIETEN. DOCH DER BUNDESRAT LEHNT AB.

Die Bilder, die uns nach dem Brand im völlig überfüllten Flüchtlingslager Moria auf Lesbos erreichten, sind erschütternd. Die Situation der rund 12 500 Geflüchteten, die sich seit Jahren dort aufhalten müssen, hat sich nochmals massiv verschlechtert: Lebten die Menschen bis anhin schon unter prekären Bedingungen in Zelten, auf engstem Raum, teilweise ohne Zugang zu fliessendem Wasser und bei minimaler Gesundheitsversorgung, stehen die nun obdachlosen Frauen, Männer und Kinder buchstäblich vor dem Nichts.

Die Tragödie auf der griechischen Insel war absehbar. Und sie ist leider kein Einzelfall. Die Lage vieler Geflüchteter in Krisengebieten, entlang der Fluchtrouten und an den Grenzen Europas ist katastrophal. Es braucht jetzt dringend Hilfe vor Ort. Vor allem aber müssen diese Menschen endlich aus den Lagern evakuiert werden!

Wo ein Wille, ist ein Weg

Die SP Schweiz kämpft seit langem für die Evakuierung dieser Menschen und gegen die Repression an den EU-Aussengrenzen. Im Frühjahr hat sich eine breite Allianz aus



Samira Marti,
Nationalrätin BL



Raphael Golta,
Stadtrat Zürich

zivilgesellschaftlichen Akteuren NGOs und politisch Verantwortlichen formiert und die Petition «evakuierenJETZT» lanciert: Darin wird der Bundesrat aufgefordert, endlich unserer humanitären Tradition entsprechend zu handeln und so viele Geflüchtete wie möglich aus Moria in die Schweiz zu holen. Unser Land verfügt über die finanziellen Mittel, die räumlichen Kapazitäten und die personellen Ressourcen, um viele Geflüchtete aufzunehmen und sie hier unter menschenwürdigen Bedingungen zu betreuen.

Auch die acht grössten Schweizer Städte erklärten sich schon im Juni 2020 bereit, über die bestehenden Verpflichtungen hinaus zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen. Diese Bereitschaft haben sie nach dem Brand in Moria noch einmal bekräftigt. Auch wenn die Schweizer Asylpolitik grundsätzlich in der Kompetenz des Bundes liegt, sind die Städte und Gemeinden unabdingbare Partner – vor allem bei der eigentlichen Integrationsarbeit. Sie übernehmen als traditionelle Ankunftsorte vieler Migrantinnen und Migranten eine Vorreiterrolle, indem sie fortschrittliche und innovative Ansätze zur

besseren Integration erproben und in die Praxis umsetzen. Dabei gehen die Städte gemeinsam mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren oft weit über den gesetzlichen Auftrag hinaus und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Integration und zum Zusammenleben. Eben diese Städte haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie in der Lage sind, auch grosse Zahlen von Geflüchteten sehr schnell angemessen unterzubringen und zu betreuen.

Auch das Parlament fordert vom Bundesrat dringend ein zusätzliches Engagement unseres Landes zur Aufnahme geflüchteter Menschen. Auf Antrag der SP wurde eine entsprechende Motion zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie für eine Reform des Dublin-Abkommens durch den Nationalrat verabschiedet. Und auch die ständerrätliche Kommission beantragt nun, diese Motion anzunehmen.

Wer nicht will, sucht Ausreden

Die humanistische Tradition unseres Landes darf sich nicht in finanzieller Unterstützung erschöpfen. Die Schweiz kann und muss mehr tun! Dafür braucht es jetzt den politischen Willen des Bundesrats, um die Direktaufnahme von Geflüchteten endlich in die Tat umzusetzen. Wir werden nicht lockerlassen!

Wir brauchen eine Allgemeine Erwerbsversicherung!

HEUTE HERRSCHT EIN FLICKENTEPPICH IN DEN SOZIALVERSICHERUNGEN. WAS WIR BRAUCHEN, IST EINE ALLGEMEINE ERWERBSVERSICHERUNG. DAS DENKNETZ HAT EIN SOLCHES «SICHERHEITSNETZ» KONZIPIERT. Von Ruth Gurny* und Ueli Tecklenburg*



Die Corona-Krise lässt uns nicht los. Niemand weiss, wie lange uns dieses Virus in Atem halten wird. Unser Alltag ist fragil geworden, viel Gewohntes müssen wir in Frage stellen, ganz zuvorderst auch unser soziales Sicherungssystem. Die Corona-Krise dient dabei als Realitäts-Check und macht erhebliche Mängel sichtbar. Zwar hat der Bundesrat wegen der «ausserordentlichen Lage» eine Corona-Notverordnung erlassen. Für betroffene Angestellte wurde die Kurzarbeitsentschädigung hinsichtlich Dauer und Anspruchs-

berechtigung ausgeweitet und für Selbständigerwerbende wurde zunächst der Corona-Erwerbsersatz etabliert.

Viele Menschen sehen sich dennoch mit massiven Existenzproblemen konfrontiert. Da sind zum einen Menschen ohne Schweizer Pass. Für viele von ihnen kommt der Gang zum Sozialamt wegen unseres repressiven Ausländerrechts nicht in Frage, weil sie befürchten müssen, ihren Aufenthaltsstatus zu verlieren. Viele Menschen – auch solche mit Schweizer Pass – kommen mit der Kurz-

arbeitsentschädigung (80 Prozent des letzten Lohnes) auf Dauer nicht über die Runden. Besonders sichtbar wurde die lückenhafte soziale Absicherung von zahlreichen kleinen Selbständigen und Freischaffenden.

Und schliesslich wird eine Lücke besonders deutlich: Wenn Menschen vom Coronavirus angesteckt werden, sollten sie sich in Selbstisolation begeben. Was aber, wenn der Lohnersatz in dieser Zeit nicht klar geregelt ist? Menschen ohne finanzielle Polster werden sich dieses vernünftige Verhalten gar

Es ist Zeit für die globale Revolution

nicht leisten können. Da nützen alle Apps und Appelle nichts.

Schluss mit Pflasterli-Politik

Anstelle der heutigen Politik der Pflaster und Pflasterchen braucht es eine Neuorientierung der sozialen Absicherung: Es braucht die Allgemeine Erwerbsversicherung (AEV)! Damit werden die bestehenden Mängel und Ungerechtigkeiten ausgemerzt und das Sicherungsnetz gestärkt. Zum Beispiel kann dabei auch die empfindliche Lücke einer fehlenden obligatorischen Krankentagggeldversicherung geschlossen werden.

Das Denknetz hat das Modell bereits vor einigen Jahren lanciert, in der Zwischenzeit weiter ausgearbeitet und ergänzend dazu eine «Existenzsicherung für alle» (kurz EfA) entworfen, die sich an den Ergänzungsleistungen orientiert und die mangelhaften, teilweise prekären Geldleistungen der Sozialhilfe ersetzen soll. Die AEV ist eine obligatorische Versicherung und umfasst alle natürlichen Personen im erwerbsfähigen Alter, die in der Schweiz eine Erwerbstätigkeit ausüben oder als vorübergehend Nichterwerbstätige in der Schweiz Wohnsitz haben. Sie deckt alle Erwerbsausfallrisiken in einer einzigen Versicherung ab. Selbständig-erwerbende sind darin ebenso eingeschlossen wie Angestellte. Die AEV sichert das Risiko des Erwerbsausfalls mit Taggeldern oder – im Falle länger dauernder Erwerbsunfähigkeit – mit Renten ab. Zusammen mit der EfA kann damit sichergestellt werden, dass künftig niemand mehr fallen gelassen wird – weder in Zeiten von Pandemien noch in «normalen» Zeiten. Das muss das erklärte Ziel unserer Sozialpolitik sein.

Mehr zur Allgemeinen Erwerbsversicherung:

bit.ly/2ZCKfos

Existenzsicherung für alle:

bit.ly/3kgIQwL

* Ruth Gurny ist promovierte Soziologin. Sie lehrte und forschte bis zu ihrer Pensionierung an der Zürcher Hochschule der angewandten Wissenschaften, Departement Soziale Arbeit, und vertrat von 1994–2004 die SP im Zürcher Kantonsrat.

* Ueli Tecklenburg ist Soziologe und Historiker. Bis zu seiner Pensionierung war er unter anderem Adjunkt im Sozial- und Gesundheitsdepartement des Kantons Waadt. Von 2003 bis Ende 2009 leitete er die Geschäftsstelle der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) in Bern.

GLOBALE PROBLEME LASSEN SICH NUR GLOBAL LÖSEN. DAFÜR BRAUCHT ES NEUE STRUKTUREN: EIN WELTPARLAMENT.



Daniel Jositsch, Ständerat ZH und Präsident Democracy without Borders Schweiz

Die Zusammenarbeit zwischen den Nationalstaaten erfolgt in internationalen Organisationen, namentlich der UNO. Dort treten Staatenvertreter als Interessenvertreter ihrer Staaten auf, die nur teilweise globale Handlungsansätze verfolgen. Das zeigt sich aktuell im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Das gleiche Bild erkennt man bei der fehlenden Bewältigung der Klima- und Umweltproblematik. Ganz nach dem Motto «Chacun pour soi, Dieu pour tous» – «Jeder für sich, Gott für alle» – tendieren die Staaten dazu, ihre Interessen zu verteidigen, wobei der globale Gesamtblick auf der Strecke bleibt.

Die UNO als Staatenbund

Die Charta der UNO, ihre Verfassung, legt in Art. 2 Ziff. 1 fest, dass es sich um einen Zusammenschluss souveräner Staaten handelt. Das ist mit Blick auf die damaligen Verhältnisse verständlich. Das wichtigste Ziel war es, Krieg, also gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Staaten, zu verhindern. Globale Probleme wie die Klimafrage oder Pandemien standen noch nicht zur Diskussion.

Die Zeit ist reif für die Vision eines Weltparlaments

In Ergänzung zur zwischenstaatlichen Ebene der UNO braucht es für die Lösung globaler Probleme eine globale politische Ebene. Selbstverständlich muss diese Ebene nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut werden. Am geeignetsten dazu scheint ein Weltparlament.

Ein solches muss man sich nicht zwingend als Institution vorstellen, die an einem einzigen geographischen Platz verortet ist. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass es heute möglich ist, grössere Versamm-

lungen auf digitalem Weg durchzuführen. Die modernen Kommunikationsformen würden es auch zulassen, direktdemokratische Elemente zu integrieren, sodass globale Referendumsabstimmungen möglich wären.

Ein solches Weltparlament wäre keine Konkurrenz zur zwischenstaatlichen Ebene der UNO, sondern vielmehr eine Ergänzung. Auch ein Weltparlament würde die Souveränität der Nationalstaaten anerkennen und wäre einzig für diejenigen Themen zuständig, die globale Ausmassen annehmen und die rein zwischenstaatliche Ebene übersteigen.

Eine verfassungsgebende Versammlung zur Umsetzung

Die Schaffung einer globalen demokratischen Struktur scheint ein gigantisches Projekt zu sein, das zahlreiche Fragen aufwirft, wie etwa: Wie kann erreicht werden, dass die Nationalstaaten einen hierarchisch nebengeordneten Organismus zulassen? Die Frage weist freilich gleich auch den Weg: Die Menschen selbst müssen sich die globale Demokratie nehmen. Es braucht eine globale Revolution, die den geeigneten Organismus schafft: eine verfassungsgebende Versammlung. Dort ist auszudiskutieren, wie eine globale demokratische Struktur etabliert werden kann.

Es wird eine friedliche Revolution sein, denn es geht nicht darum, Strukturen zu zerstören oder Gebiete zu erobern, sondern um die Öffnung einer brachliegenden politischen Ebene. Die Klimabewegung hat vorgemacht, wie das ablaufen kann.

Das mag visionär tönen. Doch die Alternative zu einer globalen demokratischen Struktur ist *keine* globale demokratische Struktur. Die global zu lösenden Probleme aber bleiben. Globale Entscheidungsgrmien sind daher keine Gedankenspiele, sondern eine zwingende Notwendigkeit. Es wird der Menschheit ohne sie nicht gelingen, die globalen Probleme, die sich ihr in einer modernen Welt stellen, zu lösen. Wer sich heute schon für die Schaffung eines Weltparlaments einsetzt, macht mit bei «Democracy without Borders».

Sie alle kandidieren für das Vize

FÜNF VIZEPRÄSIDENTINNEN UND -PRÄSIDENTEN KENNT DIE SP SCHWEIZ. INSGESAMT NEUN PERSONEN KANDIDIEREN FÜR DAS AMT, BLOSS ZWEI BISHERIGE TRETEN WIEDER AN. NUN KOMMT ES ZUR AUSMARCHUNG. WER SIND DIE FRAUEN UND MÄNNER? IN DIESER «CARTE BLANCHE» STELLEN SIE SICH KURZ VOR.



Barbara Gysi
Nationalrätin SG, bisher

«Politik in den Alltag tragen»

Die SP ist die sozial-ökologische Kraft. Doch wenn wir uns als solche behaupten wollen, müssen wir mit inhaltlich überzeugenden Konzepten punkten und eine Politik betreiben, die nahe an den Bedürfnissen der Menschen ist. Zudem müssen wir uns auf gut funktionierende Gremien und ein professionelles Parteisekretariat abstützen können.

Seit 2012 bin ich mit viel Freude und Engagement Vizepräsidentin. Dabei habe ich in den für uns wichtigen Themen Sozial- und Gesundheitspolitik sowie Wirtschaftsdemokratie die Parteiarbeit mitgeprägt und zahlreiche Positionspapiere, Aktionspläne und Bildungsanlässe für unsere Parteimitglieder erarbeitet. Gemeinsam mit Ständerätin Marina Carobbio bin ich für die Prämien-Entlastungs-Initiative zuständig. Besondere Freude bereitet mir der Austausch mit den Menschen an der Basis, die in den Sektionen viel leisten und unsere Politik in den Alltag der Menschen tragen. Gerne würde ich als Vizepräsidentin zur Erreichung unserer Ziele beitragen und die Kontinuität im Gremium sicherstellen.



Ada Marra
Nationalrätin VD, bisher

«Gemeinsam oder gar nicht»

Ich bin eine Tochter italienischer Gastarbeiter. Darum ziehen sich die Themen Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit wie ein roter Faden durch meine Politik. Mein Amt als Parlamentarierin und meine Funktionen in Verbänden und in der Partei – ich bin seit zwei Jahren Vizepräsidentin – verpflichten mich, jenen eine Stimme zu verleihen, die sonst kaum Gehör finden.

Die künftigen Herausforderungen sind enorm: Eine AHV, die wirksam für die Älteren da ist und die Situation der Frauen verbessert. Der Kampf fürs Klima, ohne gleichzeitig soziale Benachteiligung zu schaffen. Die neuen Arbeitsformen und die Folgen für die Arbeitnehmenden. Der Kampf gegen Dumpinglöhne und die bevorstehenden Entlassungen. Der Einbezug der jüngeren Generation ...

Für all das brauchen wir engagierte Menschen wie dich in den Sektionen. Denn dort lässt sich das Vertrauen schaffen, damit die Menschen unserer Politik zustimmen und der Partei beitreten. Das kann nur gemeinsam gelingen – oder es gelingt gar nicht!



Jacqueline Badran
Nationalrätin ZH

«Zeit für den Aufbruch»

Nach dem historisch schlechten Wahlergebnis vor einem Jahr ist es Zeit, uns die Gestaltungsmacht zurückzuerobern. Es ist Zeit, dass die Menschen wieder merken, was sie von sozialdemokratischer Politik haben: So wie die ältere Dame, die mir am Telefon sagte, sie wähle immer SP. Sie sei eben ein Genossenschaftskind, das entsprechend schön wohnen durfte.

Für mich ist es Zeit, diesen Aufbruch an vorderster Front mitzugestalten. Ich höre immer wieder, ich könne komplizierte Sachverhalte so erklären, dass sie alle verstehen. Diese Eigenschaft möchte ich vermehrt für die SP einsetzen. Weil ich überzeugt bin, dass wir besser darin werden können, Politik zu erzählen und für die Menschen greifbar zu machen. Es ist Zeit, die Deutungshoheit über die Wirtschaftspolitik und unsere öffentlichen Dienste zurückzugewinnen. Auch da kann ich Fachkompetenz und Lebenserfahrung einbringen. Kurz: Ich möchte Teil eines leidenschaftlichen und mutigen Aufbruchs in eine hoffnungsvolle sozialdemokratische Zukunft sein – zusammen mit einem Team, das weiss, was es tut. Und mit euch.



Angelo Barrile
Nationalrat ZH

«Bunte Teams entscheiden besser»

«Mit den Menschen reden – nicht über sie!» Mit dieser Vision habe ich meine Kandidatur fürs Vizepräsidium eingereicht. Ich bin bereit, mehr Verantwortung in der SP zu übernehmen und als Vizepräsident mit voller Kraft unsere Partei mitzugestalten und mitzuleiten.

Die SP hat sich als einzige Partei schon immer für die Gleichstellung und Gleichberechtigung aller Menschen eingesetzt. Emanzipation ist auch mein Hauptanliegen. Wir sind aber nur glaubwürdig, wenn wir dies auch innerhalb der Partei leben – von der Basis bis zur Parteispitze.

Mit meiner Biografie als Sohn einer italienischen Arbeiter*innenfamilie, als schwuler Mann und Hausarzt, dem das politische Engagement seit frühester Jugend am Herzen liegt, kann ich Ansichten und Erfahrungen in die Entscheidungen des Präsidiums einfließen lassen, die aktuell zu kurz kommen. Denn was wir aus anderen Bereichen kennen, zählt auch für die SP: Bunte Teams entscheiden besser!

präsidium



Samuel Bendahan
Nationalrat VD

«Wir sind die Stimme aller»

Unsere Partei muss enorme Herausforderungen bewältigen: Sie soll den Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung verkörpern und gleichzeitig das tägliche Leben von uns allen kontinuierlich verbessern. Dabei verfügt die SP über eine unglaubliche Stärke: ihre Basis. Wir bringen Hoffnung und den Willen zur Veränderung in eine von Fehlinformationen verdunkelte Welt, die vom Streben nach Profit auf Kosten des Gemeinwohls regiert wird. Angesichts der Konzentration von Reichtum und Macht sind wir die Stimme aller.

Ich möchte mich im Präsidium als Teil eines geeinten Teams einbringen, das unsere gemeinsamen politischen Ziele vertritt. Ich möchte zu Mobilisierungsprojekten beitragen, etwa zur Schaffung eines Ideenlabors, zur Entwicklung neuer Kommunikationsformen und zur (inkluisiven) Nutzung von Technologien für eine bessere Zusammenarbeit. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass unsere Partei ihre Mitglieder noch mehr integriert und ihre Kräfte mobilisiert, um unsere Handlungsfähigkeit zu stärken und unsere politischen Erfolge zu vervielfachen.



Ronja Jansen
Präsidentin JUSO Schweiz

«Für ein besseres Morgen»

Seit Jahrzehnten werden die Kosten unseres Wirtschaftens systematisch abgewälzt: auf Frauen, Menschen im globalen Süden, auf die Umwelt. Die SP und die JUSO sind meine politische Heimat, weil wir die Bewegung sind, die das ändern will und kann. Weil wir mit unserer Feminismus-, Klima- und Migrationspolitik immer auf der Seite der Schwächeren stehen und ökonomische Ungleichheiten mitdenken. Die SP der Zukunft braucht eine dezidiert linke Politik, die nicht nur in den Parlamentssälen stattfindet. Dazu braucht es mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten für alle Mitglieder, unabhängig von gewählten Mandaten.

Mit meiner Kandidatur für das Vizepräsidium will ich die aktivistische Energie der JUSO weiterhin in die SP tragen. Die JUSO ist der linke, laute und hoffnungsvolle «Stachel im Arsch» der SP. Ein Stachel, der manchmal unangenehm piekst, aber auch dafür sorgt, dass die SP sich bewegt und sich nicht im Trott der Tagespolitik verliert.

Ich freue mich über eure Unterstützung. Kämpfen wir zusammen für ein besseres Morgen.



Bruno Storni
Nationalrat TI

«Die Stimme für das Tessin»

Mit meiner Kandidatur möchte ich der Vertretung des Tessins im Präsidium Kontinuität verleihen und zur Führung der Partei beitragen, indem ich meine langjährige politische Erfahrung in Legislative und Exekutive auf Gemeinde- und Kantonsebene einbringe. Im VCS und im Berufsverband Swiss Engineering (STV) bin ich Mitglied des nationalen Zentralvorstands (Vizepräsident).

Für die Politik der SP Schweiz ist es grundlegend, dass im obersten Gremium die besondere Sichtweise des Tessins vertreten ist. Der Kanton steht in einem harten Wettbewerb, kämpft mit Umweltproblemen und leidet unter Lohndumping. Viele Junge wandern ab.

Wir müssen mit den Gewerkschaften eine schärfere Arbeits- und Lohnschutzpolitik entwickeln, auch für besonders periphere Grenzregionen.

Als Ingenieur und als Politiker habe ich immer auf Lösungen hingearbeitet. Im Vizepräsidium setze ich mich für eine sachliche Sozial- und Klimapolitik ein und bringe meine innovative Sichtweise ein.



Martine Docourt
Co-Präsidentin SP Frauen*

«sozial, solidarisch, feministisch, ökologisch»

Keine Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit und keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit: Diese Worte – weit mehr als Parolen – leiten mich seit über drei Jahren in meinem Engagement für die SP Frauen*. Sie fassen die Überzeugungen zusammen, die mich während des Frauenstreiks vom 14. Juni 2019 und während der Klima-Demonstrationen bewegten.

Ökologische und technologische Veränderungen werden einen starken Einfluss darauf haben, wie wir uns künftig bewegen, arbeiten und leben. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass diese Veränderungen nicht zu (noch mehr) Ungleichheit führen. Ich bin bereit, meine Fähigkeiten in den Dienst unserer Partei zu stellen, um die wirtschaftlich benachteiligten Menschen zu unterstützen, die als Erste unter Umweltzerstörung und Wirtschaftskrisen leiden, wie wir sie derzeit mit Covid-19 erleben. Die Antwort muss sozial, solidarisch, feministisch und ökologisch sein.



Jon Pult
Nationalrat GR

«Die Welt braucht mehr Sozialdemokratie»

Darum engagieren wir uns in der SP. Zu viele Wahlen haben aber gezeigt, dass diese Überzeugung von zu wenigen Menschen geteilt wird. Mit diesen Prioritäten will ich mithelfen, dies zu ändern:

1. Für den sozialen Fortschritt. Die Linke muss wieder definieren, was Fortschritt bedeutet. Für mich bedeutet er nicht mehr Wirtschaftswachstum oder schnelleren technologischen Wandel. Sondern mehr Rechte, mehr Chancen, mehr Zeit und mehr Kaufkraft – für alle statt für wenige.
2. Für den ökologischen Umbau. Die ökologische Krise ist offensichtlich. Der politische Kampf für Klimaschutz und Biodiversität hat darum absolute Priorität. Hier ist sozialdemokratisches Polit-Handwerk gefragt.
3. Für Europa. Die Europäische Gemeinschaft war die Antwort auf Faschismus und Krieg im 20. Jahrhundert. Die Europäische Union ist die Antwort auf neue Nationalismen und globale Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Die SP Schweiz muss darum in Wort und Tat eine pro-europäische Partei sein.



Pia Wiltberger

Fünf Fragen an Bianca Ott

DIE BALSTHALERIN BIANCA OTT TANZT AUF VIELEN HOCHZEITEN. FÜR DIE SP SETZT SICH DIE KÜNSTLERIN BESONDERS EIN.

1. Warum bist du der SP beigetreten?

Mir sind Solidarität, gleiche Lebenschancen und gleicher Lohn für Mann und Frau sehr wichtig. In der Klimafrage muss etwas gehen. Wir müssen in diesem Punkt drastische Massnahmen ergreifen, und gleichzeitig darf es nicht zu sozialer Ungerechtigkeit kommen.

2. Gab es einen besonderen Anlass?

Ich hatte schon lange mit dem Gedanken gespielt, beizutreten. Als ich unseren Grosspudel Taro auf der Gemeinde anmeldete, kam ich mit dem Gemeindeschreiber ins Gespräch. Er verwies mich an die SP-Sektion Thal-Gäu.

3. Kaum in der SP, bist du schon fast im Vorstand der Sektion.

Gewählt bin ich noch nicht, aber ich sehe, wie wichtig das Engagement der Leute auf Gemeindeebene ist. Ich kann mir auch gut vorstellen, dereinst im Gemeinderat die Anliegen der SP zu vertreten. Hier kann man viel bewegen.

4. Hättest du ein Lieblingsressort?

Früher dachte ich, es wäre interessant, ein Fachgebiet zu übernehmen, von dem ich etwas verstehe, zum Beispiel Architektur oder Raumplanung. Ich habe mein Kunststudium auf dem Bau verdient, mit Spitzen, Betonieren und Schalen. Daher habe ich eine grosse Affinität zu diesen Themen. Aber ich könnte mir auch vorstellen, etwas Neues machen, um mir Wissen anzueignen. Aber das sind Gedankenspiele.

5. Du arbeitest in ganz verschiedenen Berufen, du bist Künstlerin, Journalistin, Fotografin, Dozentin ...

So komme ich mit ganz unterschiedlichen Menschen in Kontakt. Gerade jetzt in der Krise zeigt sich, dass Solidarität wichtiger ist denn je. Vielen ist mit der Pandemie bewusst geworden, dass dieses Einzelkämpfertum nirgends hinführt. Allein schaffen wir es nicht, nur gemeinsam.

Mehr zu Bianca Ott: www.biancaott.com

AUFSTELLER



Marina Carobbio ist definitiv in den Ständerat gewählt. Im Oktober des vergangenen Jahres jagte sie mit 46 Stimmen Vorsprung der CVP den Ständeratssitz ab. Der unterlegene Filippo Lombardi, der während 20 Jahren das Tessin im Stöckli vertreten hatte, mochte sich die Niederlage nicht eingestehen. Einer seiner Parteikollegen gelangte ans Gericht: Er machte geltend, die Tessinerinnen und Tessiner im Ausland hätten die Stimmunterlagen zu spät bekommen. Das Bundesgericht wies den Rekurs nun vollumfänglich ab. Forza Marina!

Coup in Schaffhausen: In den Regierungsratswahlen gewann die SP Ende August einen zusätzlichen Sitz auf Kosten der FDP. Patrick Strasser drängte den umstrittenen Christian Amsler, der sich in der Vergangenheit als Nachfolger von Bundesrat Schneider Ammann ins Spiel gebracht hatte, mit 4600 Stimmen Vorsprung aus dem Amt. Auch unserem Bisherigen Walter Vogelsanger gelang die Wiederwahl in die fünfköpfige Kantonsregierung mit einem Glanzresultat. Wir gratulieren!

Lebenslanges Lernen – Genf macht's möglich:

In Genf wird das Stipendien- und Darlehensprogramm ausgeweitet. Personen ab 25 Jahren können künftig auch für Umschulungen oder bei beruflicher Neuorientierung einen Anspruch geltend machen. Der Zuschuss beträgt maximal 40 000 Franken. Damit wurde das Programm der beruflichen Realität angepasst: Lebenslanges Lernen ist ein Muss. Doch viele können sich eine längere Aus- und Weiterbildung als Erwachsene schlicht nicht leisten. Mit den neuen Zuschüssen werden daher breite Bevölkerungskreise einen besseren Zugang zu Bildung bekommen. Eingbracht wurde die Änderung im Grossrat von unserem Genossen Sami Kanaan.



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Fachtagung I

**Gewerkschaft hat Zukunft
– Bewegung ist jetzt!**

Montag, 16. November 2020,
Hotel Ador, Bern

Mit SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard, Nationalrätin Mattea Meyer, Nationalrätin Regula Rytz, Bewegungsforscherin Jasmine Lorenzini (Universität Genf) und Vera Dos Santos, Direktorin Bildung des Europäischen Gewerkschaftsinstituts.

Klimajugend, Frauenstreik, soziale Proteste. Ende der 10er-Jahre bewegen sich die Menschen. Aus Angst um den Planeten, aus Sorge um die soziale Sicherheit, aus Wut über Ausbeutung und Ungerechtigkeit. Oder weil es jetzt einfach genug ist mit leeren Versprechungen zu Gleichstellung und Chancengleichheit. Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind die Grundlagen einer zukunftsfähigen Gesellschaft und Wirtschaft. Die Gewerkschaften und ihre Bildungsarbeit müssen diese Zukunft aktiv mitgestalten: Wie mobilisieren wir unsere Mitglieder für ökologische Fragen? Mit welchen Themen erreichen wir die nächste Generation? Wie kämpfen wir gegen Ausbeutung in der digitalen Ökonomie? Wie vernetzen wir uns künftig mit europäischen und internationalen Bewegungen? Der Schweizerische Gewerkschaftsbund und Movendo laden zu einem Tag über die Zukunft ein.

Anmeldung: info@movendo.ch

Fachtagung II

Als Personalvertretung unterwegs in der agilen Arbeitswelt

27. November 2020,
Hotel City, Biel

Mit Anna-Lena Majkovic, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW); Corina Stofer, Senior Personal- und Organisationsentwicklerin, Post AG; Susanne Krüger, ICT Application Manager & Vizepräsidentin der Personalvertretung INI, Swissscom AG; Andreas Zeuch, Gründer und Gesellschafter der Unternehmensdemokraten; Paul Carduck, Gesellschafter der Unternehmensdemokraten; Peter Lüthi, Kursleiter Movendo und selbständiger Berater.

Wo ist der Arbeitgeber, der sich nicht agil nennt? Wo gibt es noch die Arbeitnehmerin, die sich nicht in ihrer E-Mail-Signatur als Scrum-Masterin bezeichnet? Agilität verändert unsere Art der Zusammenarbeit. Dies hat Einfluss auf Arbeitsprozesse und Hierarchien innerhalb von Unternehmen. Wie kann eine Personalvertretung ihre Rolle wahrnehmen, wenn selbstorganisierte Teams den Patron ablösen? Wie kann eine Personalvertretung ihren Handlungsspielraum nutzen, wenn ein iteratives Vorgehen gewählt wird?

Anmeldung: info@movendo.ch

AGENDA 2020

16. OKTOBER 2020
Koordinationskonferenz in Basel

17. OKTOBER 2020
Parteitag in Basel

17. NOVEMBER 2020
Mitgliederversammlung SP 60+

Aktuelle Infos unter
www.spschweiz.ch/agenda

INSERAT

Die SP Schweiz wählt ein neues Präsidium

Liebe Genossinnen und Genossen

Keine Wahl ohne Auswahl

Den Stimmzettel leer einlegen oder keine Beteiligung an der Wahl.

Besten Dank für die Unterstützung am Parteitag vom 17. Oktober in Basel.

Freundliche Grüsse

Hansrudolf Bürgi
Bärenbodenstrasse 9
5745 Safenwil

INSERAT



FAIR

Der Podcast rund um nachhaltige Themen

Hier geht es darum, wie du den Planeten jeden Tag etwas besser machen kannst. Jeden Monat stellen wir dir ein spannendes Projekt oder eine besondere Person vor.

Jetzt abonnieren: de.oikocredit.ch/podcast






Genossenschaftlich
Pionier seit 1975
59 000 AnlegerInnen weltweit



www.oikocredit.ch
044 240 00 62

Lieber Christian

Über 12 Jahre lang warst du Präsident der SP Schweiz, hast alle Flügel zusammengehalten, unzählige Arena-Auftritte absolviert und warst für die Bürgerlichen sprichwörtlich ein rotes Tuch. In deiner Amtszeit haben wir den Gripen-Kampffjet gebodigt, die No-Billag-Initiative versenkt und der dritten Generation die Einbürgerung erleichtert. Glanzvoll – mit 59 % Nein – wurden die Bürgerlichen 2017 mit der Ablehnung der USR III in die Schranken gewiesen. Und das gegen eine Millionen-Kampagne von Economiesuisse und Co. Intern haben wir mit dir als Präsident das Parteiprogramm erneuert, die Parteifinzen konsolidiert und ein neues Wirtschaftskonzept ausgearbeitet. Es gäbe noch viel mehr aufzulisten, Lob und Dank und eine Prise Kritik. In so vielen Jahren kommt einiges zusammen. Doch hier soll Schluss sein.

Denn wir wissen: Laudationen und Ehrungen deiner Person findest du nicht so toll. Eines muss trotzdem sein: ein riesiges Dankeschön! Für all das, was du für die Partei getan hast und weiterhin tun wirst.

Wir wünschen dir für die Zukunft politisch und privat das Allerbeste.

Roger Nordmann

PS: Am Parteitag gibt's dann trotz allem eine Würdigung – schmerzlos in Form eines Videos, auch zu sehen unter www.sp-ps.ch

